

# Nationalisierte Europäisierung – Die Entwicklung der politischen Medienöffentlichkeit in Polen nach 1989

von Katharina Kleinen-von Königsłow und Johanna Möller

## *Summary*

The political integration into the European Union is changing Polish society in manifold ways. The main question of this article is whether it has also had an impact on the Polish media public sphere, whether an “Europeanization” of the public sphere has occurred. In detail: Has the discussion of EU politics increased? Have the affairs of its Western European neighbours become an important topic of public discourse or has something like a European collective identity sprung up in public debate?

The article traces the development of the Polish public sphere through a content analysis of one of its main representatives, the quality newspaper *Gazeta Wyborcza*, between 1989 and 2003. It compares the results for Poland to a data set on five Western European media public spheres. This comparison takes into account three dimensions of Europeanization – vertical, horizontal Europeanization and collective identification. An analysis regarding these dimensions reveals three main trends: First, the Polish public sphere follows the pattern of a catch-up Europeanization by heavily increasing reporting on EU affairs, but at a later date than the Western European countries. This trend is, second, in a weaker form also true for the discussion of other (Western) European countries. And third, the Polish media debate remains, however, firmly bound to the national paradigm – collective identification only occurs in national contexts. The pattern of transnationalization of the Polish media public sphere thus seems to be a pattern of nationally rooted Europeanization.

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Im Mai 2004 trat Polen der Europäischen Union bei. Die Rahmenbedingungen für die Mitgliedschaft in der transnationalen politischen

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz präsentiert Ergebnisse des Forschungsprojekts „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel der EU“ unter der Leitung von Andreas Hepp (bis 2007

Gemeinschaft waren damit ausgehandelt und gesetzt, entsprechend verschoben sich für den ehemaligen Ostblockstaat auch die Bereiche politischer Relevanz. Bereits im Vorfeld des Beitrittsprozesses bekamen Entscheidungen in Brüssel Verbindlichkeitscharakter, und die bilaterale Zusammenarbeit mit den Staaten innerhalb der Europäischen Union gewann an Bedeutung. Doch in welchem Ausmaß und auf welche Weise sind diese Prozesse Gegenstand der öffentlichen Debatte in Polen? Geht diese politische Transnationalisierung einher mit einer Transnationalisierung der medial-gesellschaftlichen Auseinandersetzung?

Bereits lange vor 2004 war die polnische Öffentlichkeit mit Blick auf die Europäische Union innerlich zerrissen. Zukunftshoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung und solidarische Unterstützung gegenüber der Bedrohung Russland vermischten sich mit Identitäts- und Verlustängsten – sei es mit Blick auf die nationale oder religiöse Identität oder aufgrund schmerzvoller historischer Erfahrungen. Eine Debatte über Europa und die Stellung Polens in dieser transnationalen Gemeinschaft fand demnach zwar statt, es bleibt jedoch die Frage: In welchem Ausmaß und in welcher Form hat sich die öffentliche Debatte in Polen auch tatsächlich transnationalisiert? Und hat sich die Transnationalisierung der polnischen Debatte allein auf den Diskussionsgegenstand, also das Thema Europa und Europäische Union, beschränkt oder aber hat auch eine geografische Ausweitung des Diskussionsraums stattgefunden, indem Themen, Meinungen und Sprecher aus anderen europäischen Ländern verstärkt in die Diskussion einfließen? Oder ist es sogar zu einer Verschiebung der kollektiven Identitätskonstruktionen von Nation auf Europa gekommen?

Bevor versucht wird, diese Fragen auf Basis einer quantitativen Inhaltsanalyse der polnischen Medienöffentlichkeit zu beantworten, soll zunächst kurz in die Besonderheiten des polnischen Mediensystems eingeführt werden. Dann ist zu diskutieren, aus welchen Gründen es von Interesse ist, die Frage einer Transnationalisierung oder Europäisierung von Öffentlichkeit auch gerade unter Berücksichtigung Polens zu analysieren. Im Anschluss wird ein mehrdimensionales (Medien-)Öffentlichkeitsmodell vorgestellt, das das Potenzial

---

Hartmut Wessler). Das Projekt ist Teil des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Jacobs University und der Universität Bremen, finanziert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. An der Erhebung der hier präsentierten Daten war darüber hinaus Michael Brüggemann beteiligt, und als Kodierer der polnischen Daten Olga Bartnik, Agata Kraj und Michał Pałac.

für alternative Zugänge, und insbesondere die Berücksichtigung auch postkommunistischer Staaten, für die Analyse der europäischen Öffentlichkeit besitzt. Nach der Beschreibung des Untersuchungsaufbaus folgt ein Resümee der Befunde der quantitativen Medienanalyse für Polen mit Bezugnahme auf frühere Ergebnisse zu Westeuropa, die bereits in Wessler et al. detailliert dargestellt wurden.<sup>2</sup> Zum Abschluss erfolgt der Versuch, die ermittelten Ergebnisse vor dem Hintergrund der polnischen politischen Diskurskultur und der nationalen strukturellen Öffentlichkeitsbedingungen erklärend einzuordnen – und damit nicht zuletzt ein „Weiterdenken“ bestehender europäischer Öffentlichkeitskonzepte anzuregen.

## **2. Das polnische Mediensystem – zwischen Privatisierung und politischer Einflussnahme**

An dieser Stelle wird zunächst eine kurze Einführung in das polnische Mediensystem gegeben, indem die wichtigsten strukturellen Bedingungen auf dem Medienmarkt, v.a. für die Tagespresse, und drei zentrale inhaltliche Konfliktlinien der öffentlichen Debatte aufgezeigt werden.

Die aktuelle Ordnung des polnischen Mediensystems kann als das Ergebnis zweier nicht vollständig abgeschlossener Prozesse betrachtet werden – nämlich der politischen Deregulierung des Pressemarktes als Ergebnis einer Runden-Tisch-Politik auf der einen sowie der spätere Versuch der Rückbindung von Medien an politische Institutionen auf der anderen Seite. Für den ersten Prozess steht der enorm privatisierte und von ausländischen Presseunternehmen dominierte Medienmarkt, einzige Ausnahme mit starker Position am Markt ist hier die Besitzerin der „Gazeta Wyborcza“, die polnische Aktiengesellschaft „Agora SA“. Im Print-Bereich dominieren ansonsten mit der auflagenstärksten Tageszeitung „Fakt“ im Besitz des „Springer“-Konzerns sowie mit dem dichten Netz von Blättern in der Regionalpresse der Gruppe „Polskapresse“, hinter der das Unternehmen „Verlagsgruppe Passau“ steht, in erster Linie deutsche Medienkonzerne.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite existiert der vergleichsweise protegierte Be-

---

<sup>2</sup> Hartmut Wessler, Bernhard Peters, Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-von Königslöw u. Stefanie Sifft, *Transnationalization of Public Spheres*. Basingstoke 2008.

<sup>3</sup> Vgl. Olaf Sundermeyer, *Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzentration in Polen*, in: *osteuropa* 56 (2006), H. 11-12, S. 261-270, hier S. 106.

reich der öffentlich-rechtlichen Medien. Das Ausmaß des politischen Einflusses, der hier ausgeübt wird, ist heftig umstritten. Dieser Bereich umfasst in erster Linie die Kanäle aus der „TVP“-Sendergruppe („Telewizja Polska“) sowie die Sendergruppe des „Polskie Radio“. Wie auch die „TVP“-Gruppe ist die Presseagentur „PAP“ („Polska Agencja Prasowa“) im Besitz des Ministeriums für Staatsvermögen (Ministerstwo Skarbu Państwa). Auch die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ gehört hierzu, da der polnische Staat an ihr immerhin 49% hält.<sup>4</sup>

Eine weitere Besonderheit auf dem polnischen Medienmarkt ist die vergleichsweise starke Präsenz von Medienangeboten der katholischen Kirche. Zu diesen zählen prominente Medien wie die Tageszeitung „Nasz Dziennik“ oder der Radiosender „Radio Maryja“, der im Rahmen der „Machtergreifung“ der Kaczyński-Brüder eine wichtige Rolle spielte.<sup>5</sup> Im Kontext der Frage nach einer möglichen Europäisierung und Transnationalisierung der polnischen Öffentlichkeit kommt diesen Medienangeboten eine besondere Rolle zu, da hinter ihnen ein gut ausgebautes Netzwerk religiös-nationalistischer Gruppen steht, die aus ihrer integrationsfeindlichen Position kein Hehl machen und damit eine beachtliche Unterstützung in der Bevölkerung erreichen.<sup>6</sup>

Zur weiteren Illustration der Bedingungen im polnischen Mediensystem seien hier kurz drei zentrale Konflikte dargestellt, und zwar erstens die Debatte um die Mediengesetzgebung seit 2002, zweitens die Auseinandersetzung mit der polnischen Vergangenheit im Rahmen der Diskussion um die ‚lustracja‘ [Lustration] und drittens die daran anschließende Lagerbildung zwischen den beiden wichtigsten Qualitätszeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“.

Der bis heute schwelende gesamtgesellschaftliche Konflikt um die Mediengesetzgebung fand seinen Höhepunkt in der so genannten *afery Rywina*<sup>7</sup> – eine Affäre um Korruption und Bestechung, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in das polnische Mediensystem nachhaltig erschüttert hat. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war

<sup>4</sup> Der Mehrheitsanteil von 51% ist seit 2006 im Besitz der Mecom-Gruppe.

<sup>5</sup> Zu „Radio Maryja“ ausführlich: Bettina-Dorothee Mecke, Im Apostolat der Medien – Radie Maryja, in: Polen-Analysen (2007), H. 16, S. 2-8, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen16.pdf> [letzter Zugriff: 24.8.2008].

<sup>6</sup> Zu diesem Netzwerk gehört auch „Nasz Dziennik“ („Unsere Tageszeitung“), eine 1998 gegründete, religiös orientierte Tageszeitung; vgl. ebenda, S. 4.

<sup>7</sup> Rywingate, dazu ausführlicher: Ryszard Filas u. Pawel Planeta, Das Mediensystem Polens, in: Internationales Handbuch Medien, hrsg. v. Hans-Bredow Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, Baden-Baden 2004, S. 520-541.

eine Änderung des Rundfunkgesetzes im Frühjahr 2002 unter der Regierung Miller, die die Stellung der öffentlich-rechtlichen Medien sowie die des Nationalen Rundfunkrates („Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji“, kurz: „KRRiT“) gegenüber den privaten Medien erheblich stärkte,<sup>8</sup> begleitet von heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem privaten Lager und der Regierung. Private Medien klagten über die offensichtliche Begünstigung der öffentlich-rechtlichen Sender auf dem Werbemarkt. Die Regierung argumentierte, man gehe gegen die Konzentration auf dem privaten Markt vor. Filas und Planeta belegen, dass in der Folge die Werbeeinnahmen der „TVP“-Sender tatsächlich stetig nach oben gingen, während die Privaten Einbußen hinnehmen mussten.<sup>9</sup> Im selben Jahr machte der „TVP1“-Filmproduzent Lew Rywin dem Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ Adam Michnik das Angebot, der Konzern „Agora SA“ könne den zweiten polnischen Kanal „TVP2“ gegen die Zahlung von gut 17 Mio. Dollar übernehmen. Michnik zeichnete das Gespräch auf und brachte es an die Öffentlichkeit – eine Katastrophe für die Medien, welche zusehends Ansehen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verloren. Die Affäre und die Namen der in sie verwickelten Politiker sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt, haben aber die in Polen verbreitete Auffassung bestärkt, der Staat habe auf dem Medienmarkt doch deutlich mehr seine Finger im Spiel als angenommen. Dies betrifft sowohl die Kaczyński-Regierung, die 2005 in einem Eilverfahren ein neues Mediengesetz durchbrachte, welches den politischen Zugriff des Präsidenten auf den „KRRiT“ deutlich erleichterte,<sup>10</sup> als auch die Regierung unter dem Liberal-Konservativen Tusk. Dieser wollte mit einer Novelle die Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Medien einer staatlichen Rundfunkbehörde übertragen. Kritiker bemängelten, hier gehe es nicht um eine grundlegende Reform, sondern lediglich um die Verlagerung der Macht über die Medien in die Hände der Tusk-Partei „PO“ („Partia Obywatelska“, „Bürgerplattform“). Der

---

<sup>8</sup> Der Nationale Rundfunkrat hat die Aufgabe, die Fernseh- und Hörfunklandschaft zu beaufsichtigen und Sendelizenzen zu vergeben. Darüber hinaus ist er beratend bei medienpolitischen Entscheidungen der Regierung tätig. Weitere Informationen zum Nationalen Rundfunkrat unter <http://www.krrit.gov.pl/bip/>.

<sup>9</sup> Vgl. Filas, Planeta, Mediensystem (wie Anm. 7).

<sup>10</sup> Darüber hinaus wurden die Kompetenzen des Nationalen Rundfunkrates erweitert, u.a. sollte dieser auch in Fragen der Medienethik aktiv werden und Geldstrafen gegen Journalisten verhängen. Dies erscheint vielen Kritikern als eine Art „versteckte Zensur“, die im Sinne der an der Präsidentenpartei PiS orientierten Mitglieder als politisches Instrument eingesetzt wird. Dazu Anna Sprycha, in: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html> [letzter Zugriff: 19.1.2008].

Verlust des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Medien bei Verdacht von Korruption und Vetternwirtschaft hat auch dem Pressemarkt nachhaltig geschadet. Durchweg alle Print-Medien in der polnischen Tagespresse haben heute mit zurückgehenden Auflagenzahlen zu kämpfen.<sup>11</sup> Dafür ist die Rywin-Affäre sicher nicht der einzige Grund, jedoch symptomatisch für die politische Resignation der polnischen Öffentlichkeit.

Aber nicht nur durch solche Korruptionsskandale ist die polnische Medienlandschaft gespalten. Eine weitere wichtige Frage ist für die polnische Gesellschaft die der ‚lustracja‘, die Aufklärung der kommunistischen Vergangenheit. Hier scheiden sich in den politischen Lagern, aber auch in den Medien die Geister. In der gegenwärtigen Debatte geht es konkret darum, die Beschäftigung von Politikern und Journalisten als inoffizielle Mitarbeiter aufzudecken. Auf der einen Seite stehen die Verfechter der ‚gruba kreska‘ [‚dicker Schlussstrich‘], die die These vertreten, unter das Kapitel des Kommunismus müsse ein Schlusspunkt gesetzt werden, um die Funktionsfähigkeit der jungen Demokratie Polen nicht zu gefährden. Mit dieser Position hat sich besonders der Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ stark gemacht. Auf der anderen Seite stehen die Verfechter des Aufarbeitungsgedanken. Sie prangern u.a. das polnische Mediensystem an – hier würden noch immer alte Entscheidungsträger an der Macht festhalten, so der Vorwurf.

Die Haltung mit Blick auf die ‚lustracja‘ sowie außerdem die Auseinandersetzung um die Einbindung Polens in Europa kennzeichnet einen weiteren Graben – nämlich den zwischen den beiden großen Qualitätszeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“. Während in der „Gazeta Wyborcza“ eine europafreundliche und kosmopolitische Haltung bei jeder Gelegenheit deutlich herausgestrichen wird, verweisen Journalisten der „Rzeczpospolita“ nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer skeptischen Haltung, besonders gegenüber dem „problematischen Nachbarn“ Deutschland. Die Kommentatoren der jeweiligen Zeitungen, die traditionell eine sehr starke Stellung haben, tragen diesen Streit mehr oder weniger offen mit heftigen gegenseitigen Angriffen aus. Da sich die Positionen ihrer Blätter teilweise gar nicht eindeutig unterscheiden, lässt sich dieser Konflikt noch nicht einmal als Teil eines ausgleichenden, demokratischen Pluralismus ein-

---

<sup>11</sup> Vgl. Związek Kontroli Dystrybucji Prasy [Verband zur Erfassung der Presseverbreitung], Dane ogólnodostępne, [https://www.teleskop.org.pl/dane\\_ogólnodostępne.php](https://www.teleskop.org.pl/dane_ogólnodostępne.php) [letzter Zugriff: 2.9.2008].

ordnen. Vielmehr strahlen die verhärteten Fronten zwischen diesen beiden den Markt dominierenden Qualitätszeitungen (andere Tageszeitungen wie der „Dziennik“ stellen keine Konkurrenz dar) auf die gesamte meinungsbildende Tagespresse aus.

Zusammenfassend wird hier der Diagnose von Jakubowicz gefolgt, in der auf die Notwendigkeit einer kulturellen Stabilität von Mediensystemen verwiesen wird. Die Einführung neuer, möglicherweise „demokratischerer“ Institutionen im Bereich der Medien sei kaum zielführend: „what is also needed is the cultural foundations of those institutions, the values, attitudes and beliefs which make them work, and which encourage the people to take them for granted“.<sup>12</sup> Hier ist in Polen noch ein weiter Weg zu gehen.

### 3. Osteuropa als „blinder Fleck“ in der Forschung zur Europäisierung von Öffentlichkeit

Nicht nur allgemeine Prozesse der Globalisierung, sondern v.a. die Verlagerung weit reichender politischer Kompetenzen von der nationalen auf die transnationale Ebene innerhalb der Europäischen Union haben die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, inwieweit europäisches Regieren überhaupt durch eine politische Öffentlichkeit legitimiert ist.<sup>13</sup> In zahlreichen Forschungsvorhaben ist die Entstehung einer möglichen europäischen Öffentlichkeit theoretisch konzeptualisiert und empirisch analysiert worden, allerdings durchweg ohne eine ausreichende Berücksichtigung der neuen Beitrittsländer, insbesondere der osteuropäischen.

---

<sup>12</sup> Karol Jakubowicz, *Post-Communist Media Development in Perspective*, in: *Internationale Politikanalyse*, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2005, S. 2.

<sup>13</sup> Für eine solche politische Öffentlichkeit braucht es in modernen Gesellschaften Massenmedien, die die Mehrheit der Bürger mit der Politik und untereinander zeitnah vernetzen können. Während in den meisten europäischen Nationalstaaten entsprechende massenmediale Angebote eine langjährige und breitenwirksame Tradition haben, werden grenzüberschreitende Medien zu europäischen Themen bisher nur von einer kleinen Elite genutzt. Vgl. Philipp R. Schlesinger, *Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union*, in: *Political Communication* 16 (1999), H. 3, S. 263-280. Die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit im Sinne eines paneuropäischen, also nationenübergreifenden Prozesses auf Basis transnationaler Medienangebote bleibt demnach momentan noch eine Utopie, in absehbarer Zeit erscheint eine europäische Öffentlichkeit nur möglich auf Basis der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Die Forschung konzentriert sich daher inzwischen auf die Untersuchung von Europäisierungs- oder Transnationalisierungsprozessen in den politischen Debatten nationaler Medien und deren „Übergriffe“ auf eine gemeinsame, europäische Ebene.

Empirisch betrachtet hat sich die Erforschung europäischer Öffentlichkeit bisher auf westeuropäische Länder beschränkt, dies betrifft insbesondere auch Ländervergleiche von Europäisierungsprozessen. Schon der rein schematische Überblick über die bisherige Forschung zur europäischen Öffentlichkeit durch Machill et al. offenbart,<sup>14</sup> dass nur eine einzige Studie bisher ein osteuropäisches Land berücksichtigt hat, nämlich Polen in einer Untersuchung von 1997.<sup>15</sup> Auch außerhalb der Öffentlichkeitsforschung fehlt es am vergleichenden Blick in der politischen Kommunikationsforschung – sowohl über die Ost-West-Achse als auch über die Nord-Süd-Achse hinweg.<sup>16</sup>

Der recht enge empirische Blick prägt wiederum auch die theoretischen Modelle europäischer Öffentlichkeit, die sich in einem dauerhaften Spannungsfeld zwischen normativen und empirischen Strömungen befinden.<sup>17</sup> Ist eine europäische Öffentlichkeit mit Blick auf ihr normatives (deliberatives) Ziel zu klären oder als Substitut für nationalstaatliche Öffentlichkeiten? Aus normativer Sicht sind europäische Öffentlichkeits-Modelle weiterhin vergleichsweise stark vom Habermas'schen Erbe bestimmt. Dies zeigt sich insbesondere in der Rede vom „Öffentlichkeitsdefizit“, welches nicht nur in der Poli-

<sup>14</sup> Vgl. Marcel Machill, Markus Beiler u. Corinna Fischer, Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbacher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 132-155.

<sup>15</sup> Vgl. Bernardo Díaz Nosty, The European Union in the Press, in: The European Union in the Media 1996, hrsg. v. Foundation for the Development of the Social Function of Communication (Fundesco Spanish Section of the Association of European Journalists [AEJ]. Madrid 1997 (Fundesco/AEJ Annual Report), S. 19-125.

<sup>16</sup> Vgl. auch Gerhard Vowe u. Marco Dohle, Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), H. 2, S. 338-359; Michael Gurevitch u. Jay G. Blumler, Der Stand der vergleichenden politischen Kommunikationsforschung: Ein eigenständiges Feld formiert sich, in: Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven, hrsg. v. Frank Esser u. Barbara Pfetsch. Wiesbaden 2003, S. 371-392. Die Resistenz dieser „Forschungsgrenzen“ könnten mit Sparks auf die Attraktivität des politischen Kalten-Kriegs-Paradigmas zurückgeführt werden. Mit anderen Worten: Es ist „bequem“ und weithin einleuchtend, Systeme innerhalb des ehemaligen Ost- bzw. Westblocks untereinander, aber nicht über die ideologische Grenze hinweg zu vergleichen. „The opposition of free market and state direction has an elegance, a symmetry, a lack of redundancy, and a completeness that gives its paradigmatic status.“ Colin Sparks, Media Theory. After the Fall of European Communism: Why the Old Models from East and West Won't Do Any More, in: De-Westernizing Media Studies, hrsg. v. James Curran u. Myung-Jin Park. New York 2000, S. 37.

<sup>17</sup> Vgl. auch Heikki Heikkilä, Beyond ‚In so far as‘ Questions: Contingent Social Imaginaries of the European Public Sphere, in: European Journal of Communication 22 (2007), H. 4, S. 427-441.



tikwissenschaft,<sup>18</sup> sondern auch in der Soziologie<sup>19</sup> in unterschiedlichen Ausprägungen immer zur Bewertung der erhobenen Ergebnisse herangezogen wird. In der Kritik dieser Perspektive wird in der Regel darauf hingewiesen, dass das Modell der europäischen Öffentlichkeit den Anforderungen einer nationalstaatlichen Öffentlichkeit angeglichen werde.<sup>20</sup> Dabei stünden die politischen Funktionen im Vordergrund – insbesondere solche wie Transparenz,<sup>21</sup> Inklusion und außerpolitische Opposition. All diese Funktionen seien aus demokratietheoretischer Perspektive notwendiger Bestandteil des Staates; aber sind sie es ebenso für die Europäische Union – ein Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten?

Eine europäische Öffentlichkeit stellt eben keine nationalstaatliche Öffentlichkeit „in groß“ dar.<sup>22</sup> Wir haben es vielmehr mit einer Situation zu tun, in der nationale und supranationale Strukturen ineinander greifen, sich möglicherweise substituieren, aber auch ergänzen – und zwar auf jeweils ganz unterschiedliche Art und Weise. Damit ist die europäische Öffentlichkeit eine Größe, die in unterschiedlichen Zusammenhängen möglicherweise verschiedene Funktionen übernimmt oder der unterschiedliche normative Bedeutungen zugeschrieben werden. Auch aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, die Länder Mittel- und Osteuropas verstärkt in die Forschung einzubeziehen, da so eine größere Bandbreite an möglichen normativen Öffentlichkeitskonzeptionen offenbar wird. Beispielsweise hat Jakubowicz gezeigt, dass in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas der Begriff der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der postkommunistischen Reformprozesse viel stärker von hohen normativen Ansprüchen geprägt ist.<sup>23</sup>

Der Vorgehensweise von Wessler et al. folgend,<sup>24</sup> werden hier die verschiedenen empirischen Aspekte, an denen mögliche Prozesse der

---

<sup>18</sup> Beispielsweise Andrew Moravcsik, In Defence of the Democratic Deficit, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (2002), H. 4, S. 603-642.

<sup>19</sup> Beispielsweise Jürgen Gerhards, Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: *Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis*, hrsg. v. Barbara Baerns u. Juliana Raupp. Berlin 2000, S. 46-60.

<sup>20</sup> Aber v.a. Nancy Fraser, Transnationalizing the Public Sphere, On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World, in: *Theory, Culture & Society* 24 (2007), H. 4, S. 7-30; Heikkilä, Questions (wie Anm. 17), S. 428.

<sup>21</sup> Friedhelm Neidhardt, Europäische Öffentlichkeit als Prozess, in: *Europäische Öffentlichkeit* (wie Anm. 14), S. 46-61, hier S. 49.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Vgl. Jakubowicz, *Media Development* (wie Anm. 12), S. 9.

<sup>24</sup> Vgl. Wessler, *Transnationalization* (wie Anm. 2).

Europäisierung nationaler Öffentlichkeit sichtbar werden können, in einem mehrdimensionalen Modell systematisiert. Insgesamt gibt es vier Dimensionen, von denen drei im Folgenden vorgestellt werden. Diese sind die Beobachtung des Regierens, die diskursive Integration und die kollektive Identität.<sup>25</sup>

Durch die erste Dimension ‚Beobachtung des Regierens‘ wird erfasst, inwieweit sich mit der Verlagerung politischer Kompetenzen und Entscheidungen vom Nationalstaat auf die EU auch der Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit verlagert, so dass das Regieren auf EU-Ebene in den Medien ebenso diskutiert wird wie das auf der Ebene der nationalen Politik.

In der zweiten Dimension ‚diskursive Integration‘ wird sich auf die horizontale Richtung der medialen Aufmerksamkeit bezogen. Die politische Integration innerhalb der EU beinhaltet schließlich nicht nur Einführung einer weiteren politischen Ebene; auch die Abhängigkeiten und Interdependenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten haben zugenommen. Und Voraussetzung für die Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls ist, dass in den einzelnen Ländern überhaupt über die europäischen Bündnispartner berichtet wird und ihre Meinungen und Positionen in die nationale Debatte integriert werden.

In der dritten Dimension ‚kollektive Identität‘ wird erhoben, inwieweit sich Anzeichen für ein solches europäisches Gemeinschaftsgefühl bereits in den Debatten nationaler Medien finden lassen, sei es, weil „die Europäer“ ein Akteur oder Objekt im Diskurs sind, sei es, weil sich öffentliche Sprecher als „Wir Europäer“ identifizieren.

Anhand dieser drei Dimensionen haben Wessler et al. bereits die Europäisierungsprozesse der nationalen Öffentlichkeiten von fünf Ländern des „alten Europas“ ermittelt und ausführlich an anderer Stelle diskutiert.<sup>26</sup> In diesem Aufsatz wird dagegen die Entwicklung der polnischen Öffentlichkeit in den Blick genommen und diese zu den bisherigen Ergebnissen für die westeuropäischen Länder in Beziehung gesetzt.

---

<sup>25</sup> Wessler et al. untersuchen zusätzlich zu den hier diskutierten drei Dimensionen eine vierte Dimension, die ‚Konvergenz‘ der öffentlichen Debatten. Da deren Erhebung noch zusätzliche empirische Untersuchungen in Form qualitativer Fallstudien erfordert hätte, wurde im Rahmen dieses Aufsatzes auf eine Analyse dieser Dimension verzichtet. Vgl. Wessler, *Transnationalization* (wie Anm. 2).

<sup>26</sup> Ebenda.

#### 4. Die Erhebung der Europäisierung und Transnationalisierung von Zeitungsöffentlichkeiten

Die Erfassung der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten erfolgt aus drei Gründen über eine standardisierte Inhaltsanalyse von Qualitätszeitungen: Da erstens vermutet wird, dass eine europäische Öffentlichkeit bisher noch gar nicht existiert oder gerade erst zu existieren beginnt,<sup>27</sup> ist anzunehmen, dass sich transnationale Debatten eher in der Qualitätspresse entwickeln als in Boulevard- und Regionalzeitungen oder im Fernsehen.<sup>28</sup> Zweitens ist davon auszugehen, dass Qualitätszeitungen einen großen Einfluss auf die nationale Öffentlichkeit haben: Als so genannte Leitmedien werden sie sowohl von Journalisten anderer Medien als auch von wirtschaftlichen und kulturellen Eliten gelesen und tragen daher Themen und Argumente in alle Foren der Öffentlichkeit.<sup>29</sup> Drittens betont das vorliegende normative Konzept von Öffentlichkeit die Wichtigkeit öffentlicher politischer Debatten, im Sinne eines argumentativen Austausches, als eine Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie.<sup>30</sup> Diese hohen Anforderungen an einen politischen Diskurs bzw. diskursiven Austausch werden von den Qualitätszeitungen noch am ehesten erfüllt.

Für die Stichprobe wurde die jeweils wichtigsten Qualitätszeitungen in fünf Ländern des alten Europas ausgewählt: „Die Presse“ (Österreich), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Deutschland), „The Times“ (Großbritannien), „Le Monde“ (Frankreich) und „Politiken“ (Dänemark). Mit der Erweiterung der Untersuchung auf Polen als

---

<sup>27</sup> Jürgen Gerhards, Missing a European Public Sphere, in: Will Europe Work? Integration, Employment and the Social Order, hrsg. v. Martin Kohli u. Mojca Novak. London/New York 2001.

<sup>28</sup> Diese Vermutung wurde inzwischen durch die empirischen Untersuchungen von Deirdre Kevin, Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe. Mahwah, NJ/London 2003; Barbara Pfetsch, Silke Adam u. Barbara Eschner, The Contribution of the Press to Europeanization of Public Debates: A Comparative Study of Issue Salience and Conflict Lines of European Integration, in: Journalism 9 (2008), H. 4, S. 465-492, bestätigt.

<sup>29</sup> Der Einfluss der „Leitmedien“ auf andere Medienorgane wird v.a. durch Ergebnisse von Journalistenbefragungen bestätigt, vgl. Siegfried Weischenberg, Martin Löffelholz u. Armin Scholl, Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: Media Perspektiven (1994), H. 4, S. 154-167.

<sup>30</sup> Bernhard Peters, Public Discourse, Identity, and the Problem of Democratic Legitimacy, in: Making the European Polity. Reflexive Integration in the EU, hrsg. v. Erik O. Eriksen. London 2005, S. 84-123.

neues EU-Mitglied ist zusätzlich die „Gazeta Wyborzca“ (Polen) ausgewertet worden.<sup>31</sup>

Um den Prozess der Europäisierung nachzeichnen zu können, umfasst der Untersuchungszeitraum die Jahre 1982, 1989, 1996 und 2003. Für jedes Untersuchungsjahr wurde eine Stichprobe von zwei künstlichen Wochen ausgewählt,<sup>32</sup> um eine möglichst hohe Repräsentativität der Stichprobe zu erreichen. So ließ sich vermeiden, dass die Ergebnisse durch einzelne politische Ereignisse verzerrt werden. Die Analyse umfasst den gesamten Politikteil der Zeitungen, um die Bedeutung europäischer Themen und Sprecher im Verhältnis zum Gesamtdiskurs abbilden zu können. Aufgrund des Interesses an öffentlichen Debatten wurden keine reinen Nachrichtenartikel ausgewertet, sondern nur meinungshaltige Beiträge untersucht: Leitartikel, Kommentare und politische Kolumnen sowie Interviews, Gastbeiträge oder längere Hintergrund-Analysen. Auf diese Weise entstand eine repräsentative Stichprobe von 3 059 Artikeln. Aufgrund des politischen Umbruchs in Polen setzt die Untersuchung dort erst 1989 ein, also mit dem Beginn des politischen Transformationsprozesses und der Öffnung gegenüber (West-)Europa.

Die verschiedenen Dimensionen der Europäisierung haben wir anhand von je zwei Indikatoren gemessen: Beobachtung des Regierens wird mit Blick auf (a) die Erwähnung der EU und ihrer Institutionen und (b) EU-Politik als Hauptthema des Artikels erhoben. Diskursive Integration wird anhand von Artikeln erfasst, die (a) andere EU-Länder als Hauptthema haben und (b) längere Zitate von Sprechern aus anderen EU-Ländern aufweisen. Die kollektive Identifikation wird (a) durch die Verwendung von Kollektivnamen wie „die Europäer“ und (b) durch Wir-Bezüge, also explizite Identifikation mit einem Kollektiv, wie z.B. „Wir in Europa“, gemessen. Vor der Inhaltsanalyse wurde ein Reliabilitätstest auf Basis einer Zufallsstichprobe durchgeführt, der zufriedenstellende Werte ergab.

---

<sup>31</sup> Die Datenerhebung für das erste Fünf-Länder-Sample erfolgte im Herbst 2003 / Frühjahr 2004, die Datenerhebung für Polen im Herbst 2007 / Frühjahr 2008.

<sup>32</sup> Für die Bildung künstlicher Wochen werden die Stichprobentage nach Wochentagen geschichtet: Z.B. wurden für jedes Jahr aus allen Zeitungsartikeln zufällig zwei Montagsausgaben, zwei Dienstagsausgaben etc. ausgewählt. Für die Effektivität dieser Methode s. Daniel Riffe, Charles F. Aust u. Stephan R. Lacy, The Effectiveness of Random, Consecutive Day and Constructed Week Sampling in Newspaper Content Analysis, in: *Journalism Quarterly* 70 (1993), H. 1, S. 133-139.

**Tabelle 1: Untersuchungsdesign der standardisierten Inhaltsanalyse**

Länder/Zeitungen (Fallzahlen)	Dänemark Deutschland Frankreich Großbritannien Österreich Polen	Politiken (554) Frankfurter Allgemeine Zeitung (769) Le Monde (534) The Times (598) Die Presse (604) Gazeta Wyborcza (971)
Untersuchungszeitraum	Je zwei künstliche Wochen in den Jahren: 1982 (außer Polen), 1989, 1996, 2003	
Artikel	Alle diskursiven Artikel des Politikteils: Leitartikel, Kommentare, Interviews, Gastbeiträge, Hintergrund-Analysen	
Indikatoren (mit Reliabilitäts- werten*)	Genannte politische Institutionen (0,79; 0,82) Hauptthemen (0,75; 0,75) Geografischer Fokus (0,80; 0,90) Herkunft der Sprecher (0,70; 0,71) Kollektivnamen (0,71; 0,71) Wir-Bezüge (0,67; 0,68)	

\* Der erste Wert bezieht sich jeweils auf den Reliabilitätstest des ursprünglichen Fünf-Länder-Samples (100 Artikel, Cohens kappa), der zweite Werte auf den Reliabilitätstest für Polen (100 Artikel, Krippendorffs alpha).

## 5. Die Entwicklung der politischen Debatte in der „Gazeta Wyborcza“ als Beispiel der Transnationalisierung von Öffentlichkeit

Die bisherige Untersuchung des „westeuropäischen“ Samples ergab, dass eine „segmentierte Europäisierung“<sup>33</sup> beobachtet werden kann. Mit anderen Worten: Zwar entwickelt sich eine europäische Öffentlichkeit, jedoch nicht auf allen oben vorgestellten Europäisierungsdimensionen. Während die Aufmerksamkeit für die EU im Verlauf des Untersuchungszeitraums stetig ansteigt, stagniert die wechselseitige Beobachtung der europäischen Mitgliedsstaaten untereinander – auch wenn das absolute Niveau recht hoch ist, kommt es zu keiner Weiterentwicklung. Für die dritte Dimension der kollektiven Identitäten (Wir-Referenzen) zeigt sich ein leichter Anstieg, ergo eine vorsichtige Zunahme des integrativen Gemeinschaftsgefühls in Europa. In jedem

<sup>33</sup> „segmented Europeanization“, Wessler, Transnationalization (wie Anm. 2), S. 52.

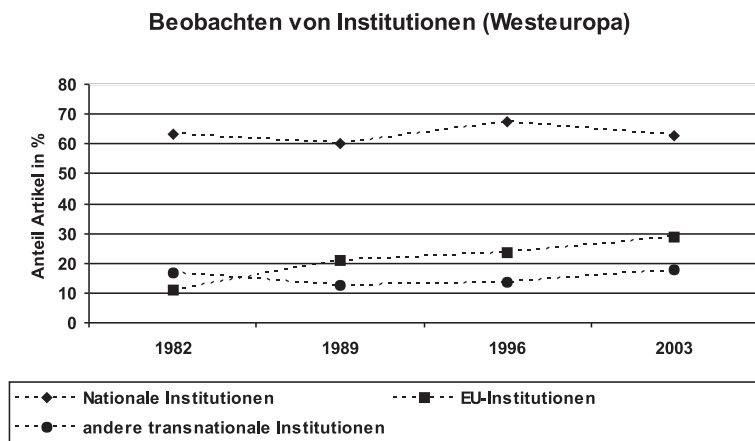
der bisher untersuchten Länder steigt zwar das Interesse an der EU, aber es kommt nicht zu einer stärkeren Vernetzung der Länder untereinander – die Europäisierung beschränkt sich auf die vertikale Richtung, während jedes Segment, also jede Nation, für sich bleibt.

Wie kann vor diesem Hintergrund die Europäisierung der polnischen Öffentlichkeit eingeordnet werden? Im Folgenden sollen die Ergebnisse für die einzelnen Dimensionen, jeweils im Vergleich zu den bisherigen Untersuchungsergebnissen aus dem westeuropäischen Sample im Detail erläutert werden.

### 5.1. Dimension 1: Beobachtung des Regierens oder vertikale Europäisierung

Die erste Dimension des Modells ist die der vertikalen Europäisierung. Sie erfasst, inwieweit die Beobachtung europäischen Regierens (Beobachtung von Institutionen und Wahrnehmung von regierungsbezogenen Themen) in den untersuchten Medien zu- oder abnimmt. Mit der Verlagerung politischer Kompetenzen und Entscheidungen vom Nationalstaat auf die transnationale Ebene, insbesondere der EU, so zeigen die bisherigen Ergebnisse, verschieben sich auch die Schwerpunkte innerhalb von Medienöffentlichkeiten.

Grafik 1<sup>34</sup>



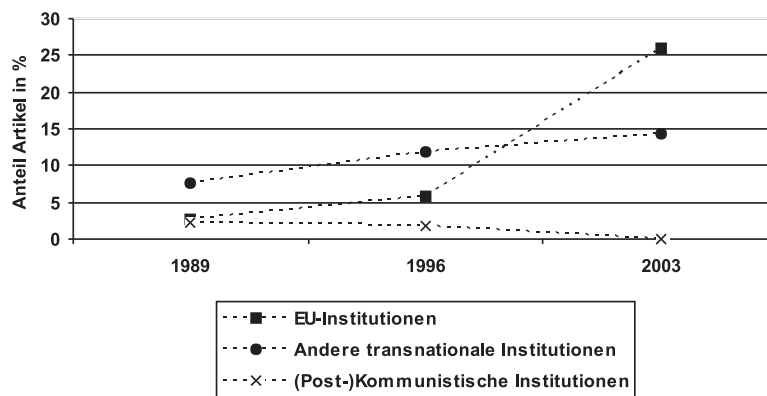
<sup>34</sup> Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 2964).

Grafik 1 zeigt die Ergebnisse aus der Untersuchung von Qualitätszeitungen in Westeuropa. Während nationale Institutionen in einem über den Zeitraum stabil bleibenden Ausmaß beobachtet werden, ist bei der Wahrnehmung europäischer Institutionen der Trend zu einer stetigen Zunahme unverkennbar. Andere transnationale Institutionen, z.B. die Vereinten Nationen, sind auf einem über den Gesamtzeitraum gleichbleibendem Niveau in der öffentlichen Wahrnehmung präsent.

Eine sehr ähnliche Entwicklung zeigt sich in der Berichterstattung über europäische und transnationale Themen. Innenpolitische Themen halten sich gleich bleibend und auf einem vergleichsweise hohen Niveau als Diskussionsgegenstand der Medienöffentlichkeiten, während die Beobachtung von EU-Politik im gleichen Zeitraum von einem niedrigen Niveau ausgehend stetig ansteigt.

Grafik 2<sup>35</sup>

Beobachten von Institutionen (Polen)



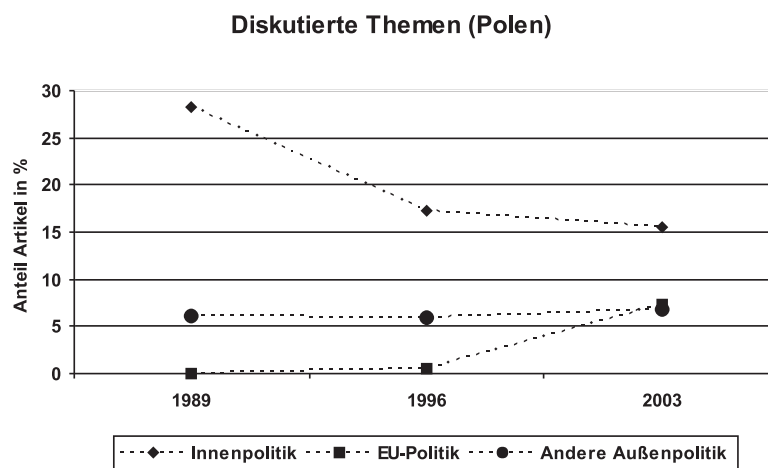
Wie sind im Vergleich dazu die Ergebnisse der Erhebung in der „Gazeta Wyborcza“ einzuordnen? Hier ist zunächst noch einmal auf zwei Besonderheiten zu verweisen: Zum einen setzt, wie an früherer Stelle erwähnt, die Erhebung für Polen erst im Jahr 1989 ein; zum anderen hat im Fall der polnischen Medienöffentlichkeit die Kategorie der kommunistischen (bzw. postkommunistischen) Institutionen eine größere Bedeutung, so dass es sich lohnt, sie im Folgenden zusätzlich

<sup>35</sup> Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der Gazeta Wyborcza in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).

abzubilden. Das Interesse für diese Kategorie ergibt sich darüber hinaus aus dem spezifischen Zusammenhang, in den Polen historisch eingebettet ist.

Die Bezüge auf nationale Institutionen sind in der folgenden Grafik nicht abgebildet, da sie ähnlich wie im westeuropäischen Untersuchungssample auf einem relativ gleich bleibenden Niveau zu verorten sind – jedoch im Vergleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau von etwa 30%.<sup>36</sup> Von besonderem Interesse ist hier wieder der Prozess der Europäisierung, der im Vergleich zum westeuropäischen Sample im polnischen Fall einen noch stärker ansteigenden Charakter aufweist. Ausgehend von einem im Vergleich zum westeuropäischen Sample niedrigeren Ausgangswert (Westeuropa: 11,2% [1982], Polen: 2,7% [1989]), erreicht Polen ein deutlich höheres EU-Beobachtungsniveau von knapp 30% innerhalb eines kürzeren Zeitraums.

**Grafik 3**<sup>37</sup>



Die Beobachtung anderer transnationaler Institutionen spielt sich zwar insgesamt auf einem niedrigeren Niveau ab, deutet zugleich aber auf einen ähnlichen Trend wie im westeuropäischen Untersuchungs-

<sup>36</sup> Von diesem Wert weicht das Ergebnis aus dem Jahr 1989 deutlich ab – es liegt bei knapp 20%. Dies lässt sich auf das Format der „Gazeta Wyborcza“ in ihrem Anfangsstadium zurückführen. Bei einem Umfang von insgesamt etwa acht Seiten gab es nicht viel Raum für Politik und politische Institutionen, da auch noch „Buntes“, „Sport“ und „Fernsehen“ etc. Platz finden mussten.

<sup>37</sup> Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der Gazeta Wyborcza in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).



sample hin. An dieser Stelle macht sich das fehlende Untersuchungsjahr 1982 bemerkbar, welches Aufschluss darüber geben könnte, ob es sich bei der in Polen beobachteten Entwicklung um ein Kreisen um einen über den Gesamtzeitraum stabil bleibenden Wert oder eine ansteigende Entwicklung handelt. Erwähnenswert, wenn auch nicht überraschend ist darüber hinaus die abnehmende Beobachtung kommunistischer und postkommunistischer Institutionen, die sich bis zum Jahr 2003 gegen Null entwickelt.

Betrachtet man darüber hinaus die Diskussion europäischer und transnationaler Themen in Europa in der polnischen Öffentlichkeit, so zeigt sich ein weiterer Trend. Bis zu diesem Punkt hatten wir es in der vertikalen Dimension mit folgenden Mustern zu tun: ansteigende Europäisierung bei keiner erkennbaren weiteren Transnationalisierung oder Abnahme der nationalen Bedeutung. Für Polen zeigt sich nun aber eine Abnahme der Beobachtung innenpolitischer Themen bei gleichzeitiger Zunahme der Diskussion europapolitischer Themen (s. Grafik 3), also möglicherweise führt die Europäisierung zu einem Rückgang des Interesses an nationalen Themen. Diese Überlegung wird durch die Tatsache verstärkt, dass die Kurve, welche die Zu- oder Abnahme der Beobachtung sonstiger transnationaler Themen anzeigt, von diesem Prozess nicht beeinflusst scheint.

## **5.2. Dimension 2: Diskursive Integration bzw. horizontale Europäisierung**

Die Dimension der horizontalen Europäisierung nimmt in den Blick, in welchem Ausmaß die europäischen Nationalstaaten durch gegenseitige Wahrnehmung zusammenwachsen. Mit der Identifikation einer möglichen Verschiebung des geografischen Fokus der Berichterstattung zeigt sich die zu- oder abnehmende Interdependenz der Länder untereinander. Welche Bedeutung bekommt die Berichterstattung über andere EU-Länder im Verhältnis zur Berichterstattung über das eigene Land? Im Rahmen dieser zweiten Dimension haben wir zwei Aspekte untersucht, zum einen den geografischen Hauptbezug von Artikeln,<sup>38</sup> zum anderen die Herkunft der im Text (in mindestens zwei Sätzen) zitierten Sprecher.

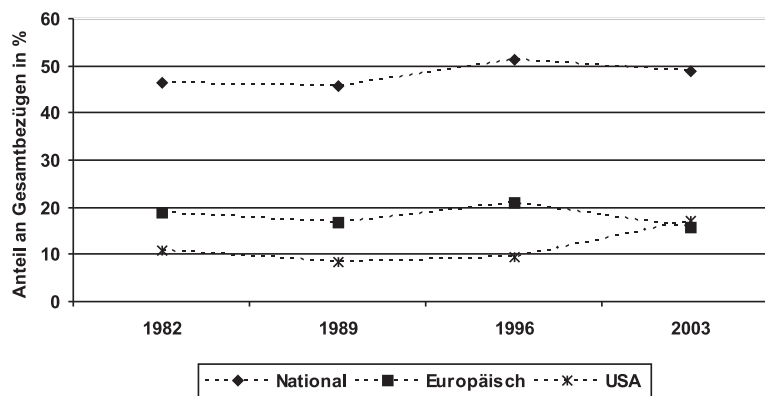
---

<sup>38</sup> Dieser entspricht den Ländern, die in der Überschrift oder im ersten Absatz der Artikel erwähnt werden.

Grafik 4 zeigt zunächst die Ergebnisse für das westeuropäische Untersuchungssample. Hier lassen sich über den Untersuchungszeitraum hinweg für alle drei abgebildeten Aspekte keine nennenswerten Tendenzen identifizieren. Weder die nationale noch die europäische Ebene weisen einen eindeutigen Trend auf. Trotz der Tatsache, dass wir es hier offensichtlich nicht mit einem Europäisierungsprozess zu tun haben, bewegt sich die Beobachtung anderer europäischer Länder durchgehend auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Darüber hinaus lohnt ein Blick auf die Bedeutung der Vereinigten Staaten. Diese waren und sind für die im Westeuropa-Sample enthaltenen Staaten von einiger politisch-strategischer Bedeutung. Dies gilt ebenso im Hinblick auf die Untersuchung der polnischen Öffentlichkeit. Polen ist ein Land, das nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in Amerika immer wieder einen starken Verbündeten suchte.

Grafik 4<sup>39</sup>

#### Geografischer Schwerpunkt von Artikeln (Westeuropa)



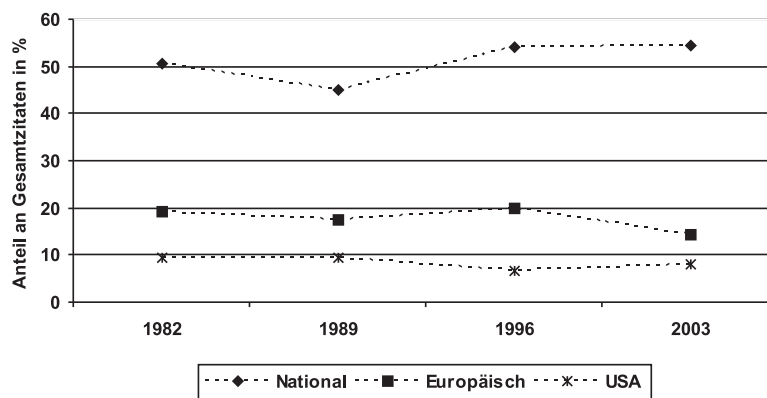
Eine zunehmende Berücksichtigung (west-)europäischer Staaten sowie der Vereinigten Staaten (inkl. Kanada) würden hier als ‚Westerisierung‘ bezeichnet werden. Für das Sample der westeuropäischen Staaten zeigt sich zunächst eine weder ansteigende noch abnehmende Bedeutung U.S.-amerikanischer Themen. Der deutliche Anstieg im Untersuchungsjahr 2003 kann mit der intensiven Berichterstattung über den Irak-Krieg recht plausibel erklärt werden.

<sup>39</sup> Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 3059).

Ähnliches gilt für die Herkunft der in meinungshaltigen Beiträgen zitierten Sprecher – wie in Grafik 5 abgebildet. Von einer Europäisierung oder Westernisierung kann hier nicht gesprochen werden. Vielmehr zeigt sich, dass die in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher überwiegend und durchgehend aus dem jeweiligen nationalen Kontext stammen. Zitate aus den Vereinigten Staaten werden auf einem gleich bleibend niedrigen Niveau berücksichtigt, ebenso bleibt die Anzahl der Zitate europäischer Sprecher relativ stabil.

Grafik 5<sup>40</sup>

Herkunft zitierter Sprecher (Westeuropa)



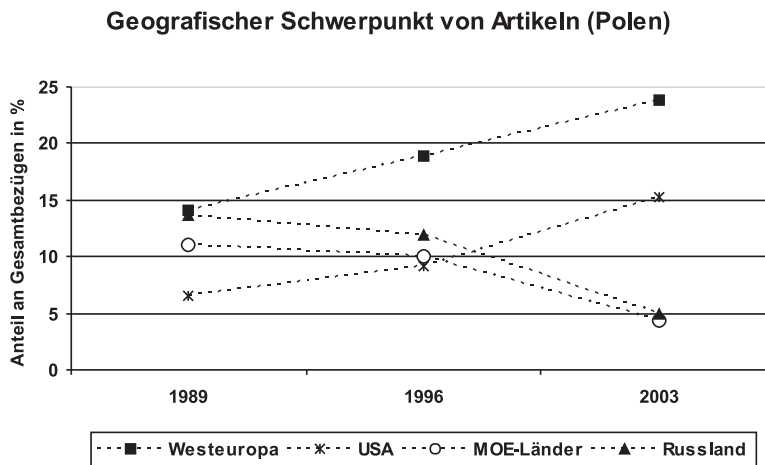
Wenn überhaupt ein Trend festgestellt werden könnte, dann eher der einer andeutungsweise vorhandenen Re-Nationalisierung, da im Schnitt die Werte in der nationalen Kategorie leicht zunehmende, in den beiden transnationalen Kategorien leicht abnehmende Tendenzen aufweisen.

Welche Situation finden wir nun mit Blick auf die zweite Dimension in der polnischen Medienöffentlichkeit vor? Zu Grafik 6 ist zunächst zu sagen, dass hier die Meinungsbeiträge mit einem schwerpunktmäßig nationalen Bezug nicht mitdargestellt sind. Diese liegen über den gesamten Untersuchungszeitraum bei einem äußerst hohen Wert von knapp 70%. Dies zeigt, welche ungebrochene Bedeutung der nationale Bezug in Polen hat (im „alten“ Europa liegt der Anteil

<sup>40</sup> Quelle: Diskursive Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel aus FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n = 2640).

durchschnittlich bei 50%). Interessant sind darüber hinaus aber auch die Entwicklungen in den anderen Kategorien, in denen sich zwei Trends abzeichnen: Zum einen werden sowohl Russland als auch andere mittel- und osteuropäische Länder insgesamt immer weniger zum Schwerpunktthema in meinungshaltigen Artikeln. Diese Beobachtung wird im Zusammenspiel mit dem zweiten Trend zu einem Trend der Westernisierung: Andere westeuropäische Länder sowie die Vereinigten Staaten gehören zunehmend zu den Interessenschwerpunkten der „Gazeta Wyborcza“. Bei der Beobachtung westeuropäischer Staaten übertrifft Polen damit sogar deutlich den Mittelwert, der für das westeuropäische Sample gebildet wurde.

Grafik 6<sup>41</sup>

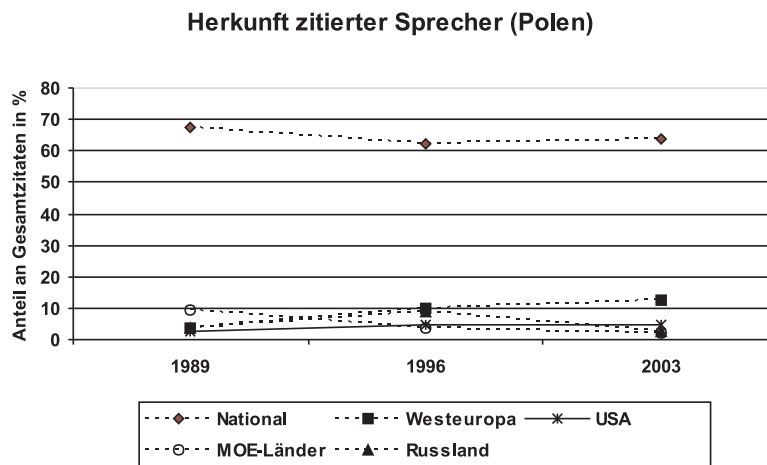


Dieser Trend der horizontalen Westernisierung bestätigt sich, jedoch in schwächerer Form, für die Erhebung der in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher. In diesem Fall wird in Grafik 7 der Anteil zitierter Sprecher mit Herkunft aus Polen mit angezeigt, der sich wieder auf einem hohen Niveau von knapp 70% bewegt. Auf diese Weise kann auch optisch eindrücklich demonstriert werden, dass der Trend der Westernisierung zwar relevant ist, im Vergleich zur Bedeutung der nationalen Dimension jedoch eine eher untergeordnete Rolle spielt. Dazu muss jedoch auch gesagt werden, dass der Westernisierungstrend in der zweiten Kategorie insgesamt etwas schwächer ausfällt als

<sup>41</sup> Quelle: Repräsentatives Sample diskursiver Artikel aus der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 971).

im Fall der geografischen Schwerpunkte der Artikel. Während sich in der ersten Kategorie bei der Berücksichtigung westeuropäischer Länder Werte von bis zu 24% ergeben, erreicht der Anteil zitiertes Sprecher im westeuropäischen Sample maximal einen Wert von 12%.

Grafik 7<sup>42</sup>



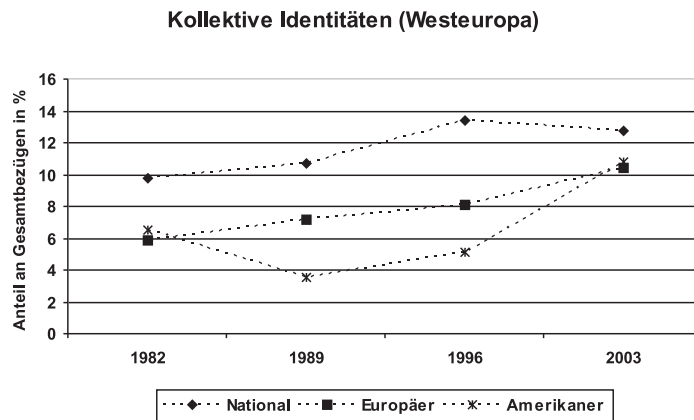
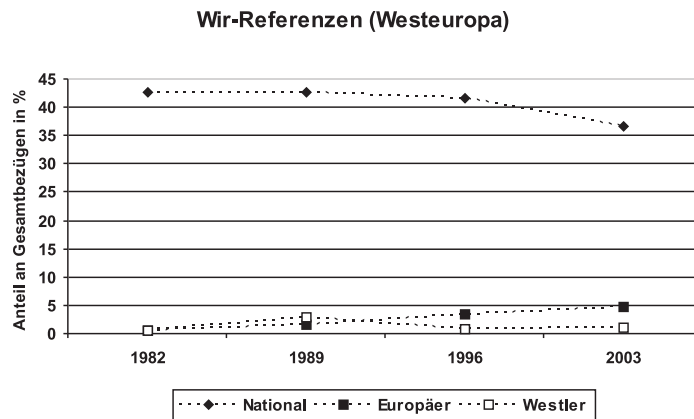
### 5.3 Dimension 3: Kollektive Identität

In der dritten „Dimension der kollektiven Identität“ wird untersucht, ob und in welchem Ausmaß Anzeichen für ein europäisches Gemeinschaftsgefühl bereits in den Debatten nationaler Medien zu finden sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl kann zum einen als Außenansicht wahrgenommen werden und zeigt sich in verwendeten Labels wie „die Europäer“ oder „die Osteuropäer“. Zum anderen kann es als selbst einordnende Wir-Referenz auftreten. Zu diesem Zweck wurde in der vorliegenden Studie jedes in einem Meinungsbeitrag verwendete „wir“, „uns“ oder ähnliche Personalpronomen in seinem Bedeutungszusammenhang als Identitätsgruppe rekonstruiert. So könnte ein sich unter Umständen intensivierendes oder abflauendes europäisches Gemeinschaftsgefühl gezeigt werden.<sup>43</sup>

<sup>42</sup> Quelle: Diskursive Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 1112).

<sup>43</sup> Die Werte in dieser Dimension bewegen sich insgesamt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, da sowohl kollektive Identitäten als auch Wir-Referenzen in der überwältigenden

Im Sample der westeuropäischen Länder kann, wie in Grafik 8 und 9 veranschaulicht wird, über den Gesamtzeitraum die vorsichtige Entstehung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls festgestellt werden.

Grafik 8<sup>44</sup>Grafik 9<sup>45</sup>

Mehrzahl der Fälle für spezifische Gruppen (z.B. „Wir Gewerkschafter“) innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten verwendet werden.

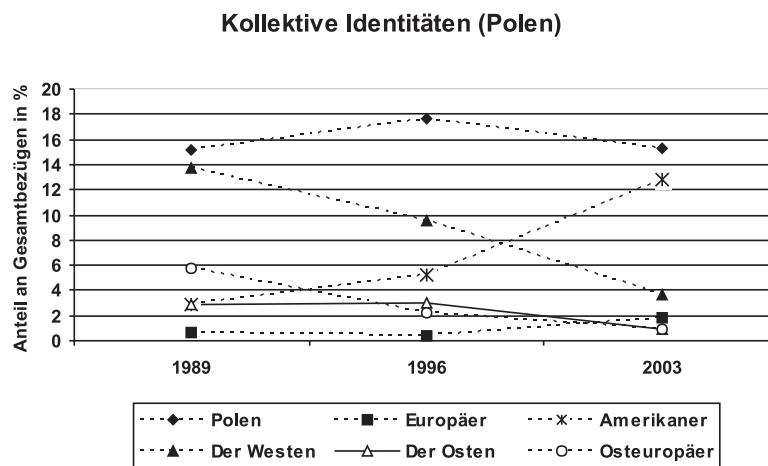
<sup>44</sup> Quelle: Kollektive Identitäten in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n=2092).

<sup>45</sup> Quelle: Wir-Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in FAZ, Le Monde, The Times, Die Presse und Politiken in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 (n=1510).

Im Fall der Wir-Referenzen wird diese Tendenz noch zusätzlich durch eine Abnahme der nationalen Bezüge verstärkt.

Dieser vorsichtige Trend in Richtung einer kollektiven europäischen Identität kann für die polnische Medienöffentlichkeit nicht bestätigt werden. Vielmehr findet hier ein Prozess statt, der vorsichtig als Aufsplitterung der bis zu diesem Zeitpunkt für Vorstellungen kollektiver Identität dominanten Bezugsgruppen, möglicherweise auch in Richtung einer Europäisierung, beschrieben werden könnte. In Grafik 10 wird eine deutliche Abnahme einer Verwendung des kollektiven Labels „der Westen“ von 13,7 (1989) auf 3,7% im Jahr 2003 gezeigt. Stattdessen gewinnen diejenigen Kollektive an Bedeutung, aus denen diese Kategorie sich zusammensetzt – wie „die Amerikaner“ oder „die Europäer“.

Grafik 10<sup>46</sup>



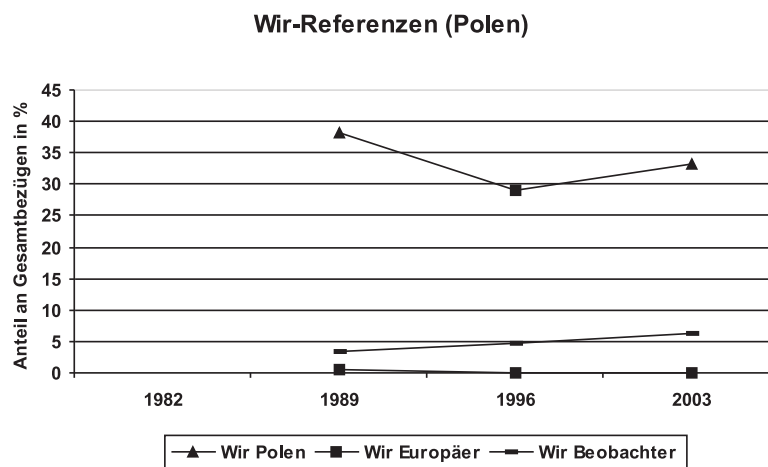
Zugleich sinkt aber auch die Verwendung kollektiver Identitäten, die auf eine mögliche Integration der Polen in eine (exklusive) Gemeinschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten verweisen würde, wie „der Osten“ und „Osteuropäer“.

Ebenso kann in der Kategorie der Wir-Referenzen kein eindeutiger Europäisierungstrend festgestellt werden. Trotz einer im Vergleich zu anderen Untersuchungsländern deutlich häufigeren Verwendung von Wir-Bezügen in der „Gazeta Wyborcza“ tendiert die Verwendung des

<sup>46</sup> Quelle: Kollektive Identitäten in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 698).

Ausdrucks „Wir Europäer“ gegen Null. Die anderen Ergebnisse, wie in Grafik 11 dargestellt, lassen weniger eindeutige Schlussfolgerungen zu. Die Verwendung nationaler Wir-Bezüge bleibt, trotz vorsichtiger Abnahme, auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Grafik 11<sup>47</sup>



Für Vermutungen öffnen sich hier zahlreiche Möglichkeiten – eine davon wäre, über eine Art selbstgewählte polnische Außenseiter- und Beobachterrolle zu spekulieren. Klare Trends zu identifizieren fällt dagegen angesichts dieser Ergebnisse schwer. Hier scheint es angebracht, die Ergebnisse der nächsten Beobachtungswelle (2008) abzuwarten.

## 6. Fazit und Diskussion

Insgesamt kann festgehalten werden: Auch bei der Europäisierung der polnischen Medienöffentlichkeit handelt es sich um einen Prozess der „segmentierten Europäisierung“, jedoch auf ganz andere Weise, als es der Begriff für das westeuropäische Sample zusammenfasst. Im Folgenden erläutern wir dies mit Blick auf die einzelnen Dimensionen.

In der vertikalen Dimension, der Beobachtung des Regierens, zeichnet sich für die polnische Medienöffentlichkeit eine nachholende Europäisierung ab. Diese vollzieht sich im Vergleich zum westeuro-

<sup>47</sup> Quelle: Wir-Referenzen in einem repräsentativen Sample diskursiver Artikel in der „Gazeta Wyborcza“ in den Jahren 1989, 1996 und 2003 (n = 759).



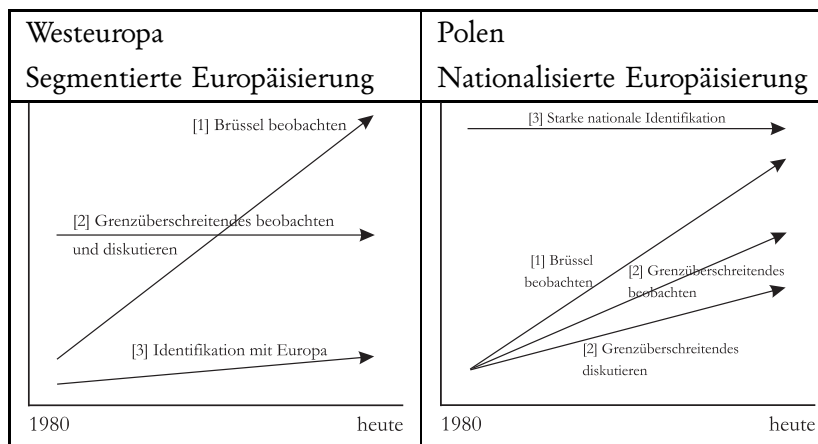
päischen Sample in einem deutlich schnelleren Tempo, nimmt man den kürzeren Untersuchungszeitraum und das niedrigere Ausgangsniveau in Betracht. Diese Entwicklung in der vertikalen Dimension wird möglicherweise durch einen Trend der abnehmenden Berücksichtigung nationaler Themen verstärkt – hier sollten jedoch weitere Ergebnisse abgewartet werden. Insbesondere für die Beobachtung europäischer Institutionen kann davon ausgegangen werden, dass hier schlicht die Bedeutung politischer und ökonomischer Steuerung eine Rolle spielt, wie sich auch an der Null-Tendenz der (post-)kommunistischen Institutionen zeigt. Dennoch – schon 1989 hat die EU interessanterweise eine mit den (post-)kommunistischen Institutionen gleichwertige, wenngleich niedrige Bedeutung. Vieles spricht hier also für die schnelle und nachholende vertikale Europäisierung der polnischen Medienöffentlichkeit.

In der horizontalen Dimension, der ‚diskursiven Integration‘, zeichnet sich ein Westernisierungstrend (Beobachtung von Westeuropa und den USA) bei einer zugleich unangefochtenen Bedeutung des nationalen Rückbezugs ab. Betrachtet man jedoch den Westernisierungstrend im direkten Vergleich zum westeuropäischen Schnitt, so erweist sich Polen wie schon in der ersten Dimension als „europäischer Musterschüler“. Meinungshaltige Artikel über andere europäische Staaten sowie Zitate von Sprechern aus anderen (west-)europäischen Ländern kommen im Erhebungsjahr 2003 vergleichsweise häufiger vor.

In der dritten und letzten ‚Dimension der kollektiven Identität‘ zeichnen sich für die polnische Medienöffentlichkeit jedoch keine Transnationalisierungstrends ab. Die Verwendung nationaler kollektiver Identitäten und Polen-bezogener Wir-Referenzen sowie die fast vollständige Abwesenheit europäischer Bezüge dominieren die Erhebung. Was jedoch als bemerkenswertes Ergebnis gezeigt werden kann, ist eine Entwicklung, die wir als Aufsplitterung oder Ausdifferenzierung historischer Identitäten in der Wahrnehmung der polnischen Medienöffentlichkeit beschrieben haben. Die kollektive Identität „der Westen“ teilt sich auf und unterscheidet sich nun in „die Europäer“ und „die US-Amerikaner“. In der horizontalen sowie in der Identitätsdimension ist darüber hinaus auffällig, dass in ihr entweder die polnische Medienöffentlichkeit oder westeuropäische Staaten, nicht aber andere mittel- und osteuropäische Staaten in den Blick genommen werden. Östliche „Öffentlichkeitskoalitionen“ scheinen ausgeschlossen. Dies untermauert nur, wie sehr die polnische „östliche“ Identität an die politischen Bedingungen gekoppelt war.

Im direkten Vergleich der Ergebnisse zeigt sich nun folgendes Bild. Während in den westeuropäischen Medienöffentlichkeiten der Prozess einer segmentierten Europäisierung vor sich geht, welcher stark auf die hierarchische Steuerungsbeziehung zur EU bezogen ist, und dennoch nach und nach die europäische Identität in der nationalen Wahrnehmung verankert, scheint sich die polnische Medienöffentlichkeit bisher auf eine Europäisierung (und Westernisierung) der politisch „oberflächlicheren“ Aspekte zu beschränken, also der genannten Institutionen und diskutierten Themen. Dort, wo die Menschen in ihrer Identität betroffen sind, verliert das Nationale dagegen nicht an Bedeutung. Dies lässt sich besonders deutlich mit der Herkunft der in Meinungsbeiträgen zitierten Sprecher belegen. Hier ist der Abstand zwischen europäischen (sowie anderen) und polnischen Bezügen so deutlich wie nirgends. Europa sowie andere europäische Staaten sind zwar ein immer wichtigeres Thema in Polen, wenn es aber um die Bewertung oder Kommentierung dieses Themas geht, haben die Landsleute das letzte Wort.

Grafik 12



Ob es sich im Fall der polnischen Integration in eine europäische Öffentlichkeit tatsächlich um eine Fortführung des westeuropäischen Musters in anderer Form oder eine eigene Entwicklung handelt, kann nur eine Fortsetzung unserer Erhebung zeigen. Daher ist für das Jahr 2008 eine weitere Erhebungswelle in allen Untersuchungsländern geplant. Diese wird sich nicht auf die Qualitätspresse beschränken, sondern auch Boulevardzeitungen mit einbeziehen.

Darüber hinaus soll an dieser Stelle ein Fazit über den theoretischen und empirischen Mehrwert der Erhebung insgesamt und insbesondere über die Berücksichtigung Polens gezogen werden. Sowohl mit Blick auf die verwendeten Öffentlichkeitsmodelle als auch auf bis dato realisierte empirische Forschung in diesem Bereich ist bereits auf den mangelnden Einbezug der „Ost-Perspektive“ verwiesen worden. An dieser Stelle ist nun zu fragen, welchen Mehrwert die „Osterweiterung“ der Forschungsperspektive erzeugt hat. Dies soll abschließend anhand von drei thesenartigen Überlegungen dokumentiert werden:

1. Im Rückblick auf die erarbeiteten Ergebnisse können wir festhalten, dass sich die zusätzliche Berücksichtigung Polens deswegen gelohnt hat, weil innerhalb der polnischen Medienöffentlichkeit ganz unterschiedliche Europäisierungstrends aufgezeigt werden konnten. Dies hat sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht Konsequenzen: Während die westeuropäischen Medienöffentlichkeiten sich anhand eines letztlich hierarchischen Musters an Europa ausrichten und ihre national-politischen Identitäten schrittweise zu Gunsten einer europäischen Identität aufgeben (könnten) – die Segmentierung Europas also hier eine rein vertikale Stoßrichtung hat –, ist in Polen eine stark nachholende, beinahe „überholende“ Europäisierung in vertikaler und horizontaler Richtung zu verzeichnen. Getragen wird diese umfassende Europäisierung von einer starken nationalen Identität, deren Deutungskraft auch im europäischen Zusammenhang Bestand hat.
2. Um die Bedeutung der hier vorgestellten empirischen Ergebnisse nochmals zu unterstreichen, sei darauf verwiesen, dass durchaus alternative Entwicklungsmöglichkeiten für die polnische Öffentlichkeit denkbar gewesen wären. Die polnische Medienöffentlichkeit ordnet den eigenen Staat deutlicher Westeuropa als Mittel- und Osteuropa zu. Ein Rückgang der Beobachtung (post-)kommunistischer Institutionen als Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks ließe sich allein durch deren schwindende politische Bedeutung erklären. Zugleich hätte Polen aber dennoch seine politische Identität im Kreise der MOE-Staaten verorten können – möglicherweise als „Anführer“ oder „Sprecher“ der Gruppe der neuen EU-Mitglieder gemäß seiner Rolle als größtes neu hinzugekommenes Land. Dies ist aber nicht der Fall. Europäisierung, soweit sie für die polnische Medienöffentlichkeit nachgewiesen werden kann, ist „Westeuropäisierung“ – die Ausrichtung des Blicks nach Westeuropa. Dies betrifft in erster Linie die Dimension der horizontalen Europäisierung (Dimension 2), in der sich zeigt, dass

- die Wahrnehmung mittel- und osteuropäischer Länder in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist. Die polnische Medienöffentlichkeit richtet ihren Blick also nach Westen – in Richtung Westeuropa und USA. Diese Entwicklung geht möglicherweise einher mit Transitionsprozessen im Wechselspiel von Politik und Mediensystem, die Jakubowicz als „Westernisierung“ bezeichnet.<sup>48</sup>
3. Im Rahmen der polnischen Medienöffentlichkeit ist zu beobachten, wie sich eine starke Europäisierung entwickelt, während zugleich die nationale Identifikation und eine nationale Orientierung des Diskurses weiterhin tragende Rollen spielen. Diese beiden Tendenzen stehen offensichtlich in keinem Widerspruch zueinander, sondern gehen nach jetzigem Kenntnisstand im Gegenteil miteinander Hand in Hand: Die Europäisierung in der politischen Medienöffentlichkeit in Polen entwickelt sich auf den Schultern einer stark nationalisierten Öffentlichkeit. Das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Identität erweist sich in diesem Fall also keineswegs als ein grundlegendes Hemmnis einer Europäisierung von Öffentlichkeit. Am Fall der polnischen Medienöffentlichkeit kann daher nicht nur die Notwendigkeit eines mehrdimensionalen Europäisierungsmodells aufgezeigt werden, sondern auch das „Defizit des Defizitbegriffs“ – um einem starken Europäisierungsprozess zu folgen, muss eine europäische Identität die nationale nicht substituieren. Eine Beschäftigung mit osteuropäischen Europäisierungsmodellen, so zeigt sich hier, kann zu einer Ausdifferenzierung solcher Modelle führen, die implizit auf eine Pfadabhängigkeit von Europäisierungsprozessen nach dem Muster des westeuropäisch geprägten Nationalstaaten-Modells zurückgreifen. Dieser Deutung nach hätten wir es in Polen mit einer unvollständigen Europäisierung zu tun, die sich erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt auf der Ebene der kollektiven Identitäten niederschlagen wird. Auf Grundlage des hier vorgelegten Materials bietet sich jedoch vielmehr eine pfadunabhängige Deutung an. Polens Aufmerksamkeit für Europa und andere europäische Länder übersteigt das Niveau der westeuropäischen, „alten“ EU-Mitglieder, trotz einer (bisher) fehlenden europäischen Identität. Auf diese Weise werden die normativen Bedingungen einer europäischen Öffentlichkeit *sui generis* tatsächlich zum Gegenstand der Auseinandersetzung.

---

<sup>48</sup> Jakubowicz, *Media Development* (wie Anm. 12), S. 11 ff.

Auf der Suche nach möglichen Erklärungen für dieses „polnische“ Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeit erscheint es zielführend, zukünftig die politischen Diskurskulturen der verschiedenen europäischen Länder näher in den Blick zu nehmen:<sup>49</sup> Welche Muster der Produktion, Repräsentation und Aneignung von politischer Kommunikation sind entweder jeweils typisch für die untersuchten Länder oder ähneln sich länderübergreifend und können damit erklären, warum sich die Öffentlichkeiten jeweils in einigen Dimensionen stärker europäisieren als in anderen? Welche Bremskräfte verhindern ein wachsendes Interesse an den Themen der europäischen Nachbarländer in den Öffentlichkeiten des „alten“ Europas bzw. welche Antriebskräfte fördern dieses Interesse in Polen? Auch bei der Suche nach möglichen Erklärungen wird es wahrscheinlich erst die Kontrastierung der neuen mit den alten EU-Mitgliedern sein, die es ermöglicht, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und damit die Erklärungszusammenhänge aufzudecken.

## Literatur

- Silke Adam, *Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich.* Köln 2007.
- James Curran u. Myung-Jin Park, *De-Westernizing Media Studies.* New York 2000.
- Bernardo Díaz Nosty, *The European Union in the Press*, in: *The European Union in the Media 1996*, hrsg. v. Foundation for the Development of the Social Function of Communication (Fundesco Spanish Section of the Association of European Journalists (AEJ)). Madrid 1997 (Fundesco/AEJ Annual Report), S. 19-125.
- Ryszard Filas u. Pawel Planeta, *Das Mediensystem Polens*, in: *Internationales Handbuch Medien*, hrsg. v. Hans-Bredow Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg. Baden-Baden 2004, S. 520-541.
- Nancy Fraser, *Transnationalizing the Public Sphere, On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World*, in: *Theory, Culture & Society* 24 (2007), H. 4, S. 7-30.

---

<sup>49</sup> Vgl. Andreas Hepp u. Hartmut Wessler, *Politische Diskurskulturen: Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit.* Bremen 2008.

- Jürgen Gerhards, Missing a European Public Sphere, in: Will Europe Work? Integration, Employment and the Social Order, hrsg. v. Martin Kohli u. Mojca Novak. London/New York 2001.
- Jürgen Gerhards, Das Öffentlichkeitsdefizit der EU: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis, hrsg. v. Barbara Baerns u. Juliana Raupp. Berlin 2000, S. 46-60.
- Michael Gurevitch u. Jay G. Blumler, Der Stand der vergleichenden politischen Kommunikationsforschung: Ein eigenständiges Feld formiert sich, in: Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven, hrsg. v. Frank Esser u. Barbara Pfetsch. Wiesbaden 2003, S. 371-392.
- Heikki Heikkilä, Beyond ‚In so far as‘ Questions: Contingent Social Imaginaries of the European Public Sphere, in: European Journal of Communication 22 (2007), H. 4, S. 427-441.
- Andreas Hepp u. Hartmut Wessler, Politische Diskurskulturen: Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit. Bremen 2008.
- Instytut Monitorowania Mediów, Najbardziej opioniotwórcze polskie media w listopadzie 2008 r [Meinungsbildende polnische Medien im November 2008]. Warschau 2009.
- Karol Jakubowicz, Post-Communist Media Development in Perspective, in: Internationale Politikanalyse, hrsg. v.d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2005.
- Deirdre Kevin, Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe. Mahwah, NJ./London 2003.
- Marcel Machill, Markus Beiler u. Corinna Fischer, Europa-Themen in Europas Medien – die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, hrsg. v. Wolfgang R. Langenbucher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 132-155.
- Andrew Moravcsik, In Defence of the Democratic Deficit, in: Journal of Common Market Studies 40 (2002), H. 4, S. 603-642.
- Bettina-Dorothee Mecke, Im Apostolat der Medien – Radio Maryja, in: Polen-Analysen (2007), H. 16, S. 2-8, <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen16.pdf> [letzter Zugriff: 24. 8.2008].
- Friedhelm Neidhardt, Europäische Öffentlichkeit als Prozess, in: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, hrsg. v. Wolf-

- gang R. Langenbucher u. Michael Latzer. Wiesbaden 2006, S. 46-61.
- Bernhard Peters, Public Discourse, Identity, and the Problem of Democratic Legitimacy, in: Making the European Polity. Reflexive Integration in the EU, hrsg. v. Erik O. Eriksen. London 2005, S. 84-123.
  - Barbara Pfetsch, Silke Adam u. Barbara Eschner, The Contribution of the Press to Europeanization of Public Debates: A Comparative Study of Issue Salience and Conflict Lines of European Integration, in: Journalism 9 (2008), H. 4, S. 465-492.
  - Daniel Riffe, Charles F. Aust u. Stephan R. Lacy, The Effectiveness of Random, Consecutive Day and Constructed Week Sampling in Newspaper Content Analysis, in: Journalism Quarterly 70 (1993), H. 1, S. 133-139.
  - Philipp R. Schlesinger, Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union, in: Political Communication 16 (1999), H. 3, S. 263-280.
  - Colin Sparks, Media Theory. After the Fall of European Communism: Why the Old Models from East and West Won't Do Any More, in: De-Westernizing Media Studies, hrsg. v. James Curran u. Myung-Jin Park. New York 2000.
  - Anna Sprycha, Zensur mit dem Teppichmesser, 2007, in: <http://www.polen-news.de/puw/puw78-08.html> [letzter Zugriff: 19.1.2008].
  - Olaf Sundermeyer, Zwischen Markt und Macht. Deutsche Medienkonzentration in Polen, in: osteuropa 56 (2006), H. 11-12, S. 261-270.
  - Gerhard Vowe u. Marco Dohle, Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2007), H. 2, S. 338-359.
  - Siegfried Weischenberg, Martin Löffelholz u. Armin Scholl, Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: Media Perspektiven (1994), H. 4, S. 154-167.
  - Hartmut Wessler, Bernhard Peters, Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-von Königslöw u. Stefanie Sifft, Transnationalization of Public Spheres. Basingstoke 2008.
  - Związek Kontroli Dystrybucji Prasy [Verband zur Erfassung der Presserverbreitung], Dane ogólnodostępne, [https://www.teleskop.org.pl/dane\\_ogólnodostępne.php](https://www.teleskop.org.pl/dane_ogólnodostępne.php) [letzter Zugriff: 2.9.2009].